

Weniger Leistungsdruck täte allen gut

Die Integrative Schule steckt in der Krise – auch in Basel-Stadt. Mehr separative Angebote sollen nun Lehrpersonen und Klassen schnell entlasten. Doch für die Inklusion ist das ein Rückschritt. Denn die meisten Kinder mit Förderbedarf sind an Regelschulen besser aufgehoben.

Maria-Elisa Schrade

Die Integrative Schule ist gescheitert. Davon sind immer mehr Menschen im Kanton Basel-Stadt überzeugt – allen voran überlastete Lehrpersonen. Dabei waren die meisten ursprünglich optimistisch, Kinder mit Förderbedarf in die Regelschule integrieren zu können. Doch zehn Jahre später herrscht Katerstimmung, denn Lehrpersonen müssen bei steigendem Leistungsdruck immer mehr schwer zu beschulende Kinder in ihre Klassen integrieren. Zudem bildet Basel-Stadt im aktuellen schweizweiten Bildungsbericht das traurige Schlusslicht.

Da müssten auch Integrationsanhänger einräumen, dass es mit der Schule in Basel-Stadt nicht zum Besten stehe, konstatierte die «Neue Zürcher Zeitung» deshalb im Dezember 2022 und verortete somit das Problem bei der Integrativen Schule, und auch die «Basler Zeitung» ist schon länger nicht gut auf die Integrative Schule zu sprechen. Nur der Basler Bildungsdirektor Conradin Cramer (LDP) – so scheint es – stellte sich diesem Paradigmenwechsel bislang standhaft entgegen. Und das, obwohl mittlerweile 15 der 16 Kantone, welche 2011 dem Sonderpädagogik-Konkordat beigetreten sind, heute wieder Kleinklassen führen und der Grosse Rat 2019 eine entsprechende Motion mit deutlicher Mehrheit überwiesen hat.

Doch der Druck auf das Erziehungsdepartement steigt: Anfang 2022 lancierte ein Komitee rund um den Basler Lehr- und Fachpersonenverband Freiwillige Schulsynode (FSS) eine Förderklassen-Initiative, die vorsieht, dass künftig insbesondere verhaltensauffällige Kinder zeitweise separat unterrichtet werden sollen. Ausserdem stimmte Ende 2022 eine knappe Mehrheit des Grossen Rates entgegen der Regierungsempfehlung dafür, dass Einführungsklassen für Kinder mit Entwicklungsverzögerung an allen Schulstandorten angeboten werden müssen.

Aktuell arbeitet die Regierung deshalb mit Hochdruck an einem Gegenvorschlag zur Förderklassen-Initiative, um sich endgültig aus dem Lamento um seine Schulpolitik zu befreien. Dieser Vorschlag sieht unter anderem «Lerninseln» für akut verhaltensauffällige Kinder und «Fördergruppen» für Kinder mit Lernschwierigkeiten vor sowie ein «Spezialangebot Plus» für alle, die eine derart intensive Betreuung benötigen, dass sie selbst an heilpädagogisch geführten Tagesschulen,

sogenannten Spezialangeboten, nicht die regulären Klassen besuchen können. Diese Pläne hat Conradin Cramer den Basler Lehrpersonen bereits bei der diesjährigen Gesamtkonferenz der Kantonalen Schulen Ende März vorgestellt – und dafür tosenden Applaus geerntet. Die Botschaft scheint daher eindeutig: Die meisten Lehrpersonen in Basel wünschen sich wieder mehr Separation an der Regelschule.

Nicht alle Lehrpersonen wollen wieder mehr Separation

Das suggeriert zumindest der Freiwillige Schulsynode (FSS), die den Medien immer wieder mitteilt, dass sich die überwiegende Mehrheit ihrer Mitglieder eine Einführung von Förderklassen wünscht. Der Berufsverband bezieht sich dabei auf eine Online-Umfrage vom Juni 2021, in der er seinen Mitgliedern folgende Frage stellte: «Kann die Integrative Schule durch die Wiedereinführung von separaten Angeboten in der Regelschule verbessert werden?» Von den 4000 Mitgliedern nahmen allerdings nur 1366 an der Befragung teil, von denen wiederum 71,4 Prozent besagte Frage mit Ja beantworteten, während 21 Prozent verneinten. Dar- aufhin entschied die FSS-Delegiertenversammlung, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern aller Schulstandorte in Basel zusammensetzt und etwa 150 Personen umfasst, mit 63-Ja zu 24-Nein-Stimmen die Förderklassen-Initiative zu unterstützen.

Ganz so deutlich, wie von der Freiwilligen Schulsynode vermittelt, fällt die Zustimmung der Basler Lehr- und Fachpersonen folglich nicht aus. Die Schweiz am Wochenende wollte das deshalb genauer wissen und hat gezielt

«Eine nachhaltige Lösung ist das nicht.»

Simone Gutzwiller
Heilpädagogin, Theobald Baerwart

Fach- und Lehrpersonen sowie Schulleitungen befragt, die in Basel-Stadt von der Integrativen Schule besonders betroffen sind. Das Ergebnis: Zwar sind sich alle einig, dass in der Integrativen Schule dringend Handlungsbedarf besteht, doch die vorgeschlagenen Massnahmen aus Initiative und Gegenvorschlag betrachten sie nicht als nachhaltige Lösung.

Wie aus den Recherchen der Schweiz am Wochenende hervorgeht, besteht das grösste Problem offenbar darin, dass Lehrpersonen nicht ausreichend ausgebildet werden, um inklusiven Unterricht zu gestalten. So bietet etwa die Pädagogische Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz zu Inklusion lediglich ein studiengangübergreifendes Modul an. Zudem sehen die Studierenden in ihren Praktika dafür kaum gelebte Beispiele. Das hat auch grosse Auswirkungen auf die Haltung. Denn wer Inklusion während der Ausbildung weder in Theorie noch in der Praxis verinnerlicht hat, tut sich anfangs sehr schwer den nötigen Paradigmenwechsel zu vollziehen, der für eine erfolgreiche Umsetzung der Integrativen Schule notwendig ist.

Nicht zu vergessen: Hinter inklusionskritischen Lehrpersonen steht eine ganze Gesellschaft, für die vor zehn Jahren eine «Inklusive Schule» undenkbar gewesen wäre. Also entstand damals die Mogelpackung «Integrative Schule», die insgeheim Inklusion meint, bislang jedoch nicht einmal flächendeckend Integration erreicht.

Die Heilpädagogin Simone Gutzwiller von der Sekundarschule Theobald Baerwart erklärt den Unterschied zwischen Inklusion und Integration folgendermassen: «Die Integrative Schule muss ein Setting anbieten, das den Schülerinnen und Schülern ermöglicht sich zu integrieren.» Inklusive Schule bedeute hingegen, alle entsprechend ihren individuellen Fähigkeiten und Bedürfnisse Sitzungen aus der Klasse herausgenommen werden, während die Klassenlehrperson für die anderen den Regelunterricht fortsetzt. So berichtet zum Beispiel ein Heilpädagoge, der in drei Integrationsklassen im



Viele Lehrpersonen wünschen sich mehr im Team unterrichten zu können. So können sie viel besser auf die einzelnen Kinder eingehen.

Bild: Kenneth Nars

Kleinbasel tätig ist, dass nur eine der Lehrpersonen überhaupt bereit ist, mit ihm gemeinsam den Unterricht zu gestalten.

Für die Kinder mit Förderbedarf ist das fatal. Denn es sendet auch ein Signal an die restliche Klasse, dass mit diesen Kindern etwas nicht stimmt und sie anders sind. In der Folge erleben viele von ihnen Mobbing und Ausgrenzung: «Sie schämen sich, dass sie Förderbedarf haben», sagt der Heilpädagoge. «Wenn ich im Unterricht ein Kind anspreche und unterstützen will, fängt es an zu weinen, weil es Angst hat, ebenfalls abgeklärt und abgesondert zu werden.»

In offenen, individualisierten Lernsettings, in denen Lehr- und Fachpersonen in vielen Phasen gemeinsam unterrichten, passiert so etwas in der Regel nicht, ist Götz Arlt, Co-Präsident des Schulleitungsverbands Basel-Stadt und Schulleiter der Sekundarschule Sandgruben, überzeugt: «Bei uns sind die Heilpädagoginnen – genau wie die Assistenten und Zivildienstleistenden – ein natürlicher Teil des Teams und betreuen alle Kinder gleichermaßen.» Dadurch werden keines der Kinder aus der Gruppe ausgesondert.

Vierorts ist das allerdings oftmals mehr Wunschdenken. Grund ist einerseits vermutlich die jeweilige Haltung der Schulleitungen und Lehrpersonen. Andererseits fehlen dringend benötigte Ressourcen. So erzählt ein Primarlehrer, der eine vierte Klasse im Kleinbasel unterrichtet: «Ich habe fünf abgeklärte Kinder in meiner Klasse. Dafür erhalten wir fünf Lektionen Heilpädagogik pro Woche und zwei qualifizierte Fachkräfte.» Für den Förderbedarf der Kinder reiche das bei weitem nicht aus, zumal die «qualifizierten»

Fachkräfte als Quereinsteigende aus der Wirtschaft über keinerlei pädagogische Kenntnisse verfügten.

Um den Unterricht wirklich inklusiv zu gestalten, seien viel mehr Ressourcen nötig: «Wir müssten den ganzen Lehrplan umkrempeln und auf jedes Kind anpassen, aber das ist mit unseren Mitteln und Ausbildungen überhaupt nicht möglich.» Eine zentrale Voraussetzung dafür, dass dieser Lehrer inklusiven Unterricht anbieten kann, sind sogenannte Teamteachings, in denen idealerweise eine Heilpädagogin und eine Lehrperson die gesamte Klasse durchgehend gemeinsam unterrichten. Viele Lehrpersonen wünschen sich das. Darauf Anspruch haben aber aktuell nur die 31 offiziell anerkannten «Integrationsklassen» in Basel. Also jene Klassen, in denen sich mindestens vier Kinder befinden, die auf intensive heilpädagogische Unterstützung angewiesen sind.

Die Förderklassen-Initiative entlastet primär Lehrpersonen

Auch die Freiwillige Schulsynode hat Faktoren für das Gelingen der Integrativen Schule definiert: genügend adäquat ausgebildetes Personal, keine Selektion innerhalb der Volksschule, unkomplizierte administrative Abläufe, weniger Pflichtlektionen, kleinere Klassen und mehr Schulraum. Umgesetzt wurde davon bislang allerdings kaum etwas. Hauptsächlich aus finanziellen Gründen. Denn kleinere Klassen und Teamteachings kosten unheimlich viel Geld. Ausserdem herrscht in Basel Raumnot. «Wir sind komplett überfüllt», lässt Götz Arlt durchblicken. «Raumstandards werden an vielen Standorten zwangsweise nur bedingt eingehalten.»

Die Förderklassen-Initiative ist daher zugleich als Hilferuf und Drohung zu verstehen: Wenn die Mittel nicht gestellt werden, die wir für eine erfolgreiche Inklusion benötigen, gehen wir zurück zur Separation! So begründete FSS-Präsident Jean-Michel Héritier die Initiative Anfang dieses Jahres gegenüber der «Basler Zeitung» auch mit den Worten: «Kaum ein Parameter, der zur erfolgreichen Umsetzung nötig wäre – und auch versprochen worden ist –, wurde umgesetzt. Die Klassen werden tendenziell grösser, der Schulraum wird knapper – und es fehlen uns qualifizierte Fachkräfte. Darum ist jetzt eine neue, eskalative Stufe erreicht.» Allerdings argumentiert Héritier nicht primär mit der dringend überfäll-

igen Entlastung der Lehrpersonen und Klassen, sondern mit dem Interesse verhaltensauffälliger Schülerinnen und Schüler. Über die Förderklassen sagt er gegenüber der Schweiz am Wochenende: «Verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler erhalten dort eine stetige Zuwendung und Förderung, was in der Regelschule leider nur punktuell stattfinden kann und darum oft wirkungslos ist.»

Nur: Es ist aus mehreren Studien bekannt, dass gerade für verhaltensauffällige Kinder soziale Kontakte mit Kindern ohne Verhaltensauffälligkeiten das wichtigste Förderkriterium darstellen. Auch für die Heilpädagogin Simone Gutzwiller steht daher fest: «Bei den vorgeschlagenen Massnahmen geht es

eigentlich darum, Lehrpersonen und Klassen möglichst schnell zu entlasten. Aber eine nachhaltige Lösung ist das nicht.» Auch fragt sie sich: «Was senden wir für ein Signal, wenn wir einen Schüler, eine Schülerin grundsätzlich aus der Klasse nehmen? Welches Umfeld entsteht dadurch? Wie kann sich das separierte Kind danach weiter entwickeln?» Das bereitet auch Sekundarschulleiter Arlt Sorgen, für den separative Modelle eine Einbahnstrasse darstellen: «Wie wollen wir die Kinder aus den Förderklassen wieder zurückholen?» Arlt zitiert einen Berufs-kollegen: «Wenn wir mehr als sechs Monate separieren, können wir danach vergessen, diese Kinder wieder zu integrieren.»

Schlechtere Zukunftschancen in Beruf und Sozialleben

Langzeitstudie Die Bildungswissenschaftlerin Lozano und die Bildungswissenschaftler Eckhart, Haeberlin und Blanc haben in einer Langzeitstudie Personen mit Schulschwächen und mit Migrationshintergrund ab ihrem zweiten Grundschuljahr bis ins junge Erwachsenenalter untersucht. Das Ergebnis: Die Separation von schulschwachen und sozial benachteiligten Kindern vermindert massgeblich ihre Chancen zur beruflichen und sozialen Integration im Erwachsenenalter. Ausserdem kommen die Autorin und Autoren zum Schluss, dass sich Leistungsdenken und Chancengerechtigkeit nicht gut miteinander vertragen. Die Arbeit gilt als die wichtigste Langzeitstudie zu diesem Thema. (mes)

Dabei zweifelt keine der befragten Lehr- und Fachpersonen daran, dass es Kinder gibt, die sich in kleineren Settings wohler fühlen. Auch kennen alle Fälle von Kindern und Jugendlichen, die ihre Klasse immer wieder aufmischen. Aber für solche Fälle gibt es bereits Angebote wie etwa sogenannte Time Outs oder Kriseninterventionen. Sowie die sogenannten Spezialangebote, die bei der Einführung der Integrativen Schule die staatlichen «Sonderschulen» in Basel-Stadt abgelöst haben. Die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf profitiert hingegen nachweislich von der Integration in die Regelschule. In Basel-Stadt ist dieser Anteil besonders hoch: Zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen mit «verstärkten Massnahmen» (in heilpädagogischer Intensivbetreuung) besuchen eine Regelschule, aktuell sind das 620.

Einen Haken gibt es allerdings: In Basel-Stadt sind die Kinder mit Förderbedarf sehr ungleich auf die verschiedenen Primarschulen verteilt. Denn hier gilt bei der Einschulung Wohnortnähe. Politische Vorstösse das zu ändern sind bislang gescheitert. Problematisch ist dieses Verteilprinzip, weil die schulischen Leistungen der Mitschülerinnen und Mitschüler nachweislich sinken, wenn mehr als vier Kinder mit Förderbedarf in eine Regelklasse integriert werden. Davon betroffen sind vor allem Quartiere, in denen besonders viele arme, fremdsprachige und schulferne Familien leben. Was hier als Scheitern der Integrativen Schule ausgelegt wird, hat demnach mitunter demografische Ursachen.

Inklusion und Leistung werden gegeneinander ausgespielt

Aber was bedeutet in diesem Kontext überhaupt scheitern? Gemessen wird der Erfolg der Volksschulen und somit auch der Integrativen Schule meist an den Ergebnissen in kognitiven Leistungstests. Der Schweizer Bildungsbericht befasst sich im Wesentlichen mit den Leistungen in den schulischen Kernfächern. Als Massstab gelten dabei Effizienz, Effektivität und Chancengerechtigkeit. Doch diese Konzepte beissen sich mindestens genauso lange, wie die Pisa-Studien (2000) und das Behindertengleichstellungsgesetz (2002) in der Schweiz eingeführt sind: Es ist daher kein Zufall, dass Lehrpersonen zugleich über steigenden Leistungsdruck und das Versagen der Integrativen Schule

«Noten sind für die Integrative Schule der grösste Hemmschuh.»

Götz Arlt
Schulleiter Sek Sandgruben

klagen, denn Inklusion und kognitive Leistung werden argumentativ ständig gegeneinander ausgespielt.

So gesehen ist es nur konsequent, dass sich die Freiwillige Schulsynode auf «Bildungsqualität» beruft, um ein separatives Angebot in der Regelschule durchzusetzen. Genauso, wie es konsequent ist, dass der «Lehrplan 21» neben kognitiven Leistungen auch die Förderung von Sozial- und Selbstkompetenzen – sogenannte überfachliche Kompetenzen – vorschreibt, diese jedoch in die Leistungsbewertung der Schülerinnen und Schüler nicht einfließen lässt. «Mit den drei Leistungszügen in der Oberstufe erschweren wir uns die Integrative Schule ein Stück weit selbst», ist Götz Arlt deshalb überzeugt. Denn selten sind Jugendliche in allen Fächern in ihrem Niveau am richtigen Ort. In einigen übertreffen sie die Klasse, in anderen müssten sie eigentlich im tieferen Leistungszug eingeteilt sein. Er sagt: «Wenn wir ehrlich wären, müssten wir Kompetenzraster einführen und Noten abschaffen.» Denn die seien für die Integrative Schule der grösste Hemmschuh.

Wer daher wirklich die Probleme der Integrativen Schule lösen möchte, sollte ernsthaft darüber nachdenken, die Leistungszüge in der Oberstufe abzuschaffen und die Primarlehrpersonenausbildung mit einem Masterstudiengang zu professionalisieren. Ausserdem müssen wir langfristig Primarschulen an die Stadt- und Quartiergrenzen setzen. Bis dahin sollten wir wieder über «Bus Schooling» diskutieren, auch wenn das kompliziert und teuer ist. Denn soziale Durchmischung ist immer noch das beste Rezept für eine gerechtere Gesellschaft – um nichts anderes geht es bei der Diskussion um inklusive Bildung.